

# Interesse, Ideologie und Illusion

## **Aktuelle Entwicklungen in den ökonomischen und politischen Beziehungen Deutschlands zum Iran**

*Ulrike Becker*

Für den im März 2017 ins Amt gekommenen deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier ist die Richtung klar: Er will die Annäherung an die Islamische Republik Iran weiter fördern. In einer Grußbotschaft an den iranischen Präsidenten Hassan Rohani kündigte er unmittelbar nach seinem Amtsantritt mit Bezug auf das Atomabkommen von 2015 an, er wolle daran arbeiten, die „Wiener Vereinbarung [...] weiter mit Leben zu füllen“.<sup>1</sup>

Ökonomisch, politisch und kulturell fördert die deutsche Bundesregierung die Beziehungen zum einzigen Staat der Welt, der die Vernichtung Israels offiziell zum zentralen Ziel seiner Außenpolitik erklärt hat. Nachdem Präsident Mahmoud Ahmadinejad kurz nach Beginn seiner ersten Amtszeit zu einer Holocaust-Leugner-Konferenz in Teheran eingeladen hatte und die Zerstörung Israels in der Folge besonders offensiv in das Zentrum der iranischen Außenpolitik stellte, erklärte Angela Merkel im März 2008 vor der Knesset, dass „Deutschland Israel nie allein lassen, sondern treuer Partner und Freund“ sein würde. Sie sagte mit Blick auf die Drohungen Ahmadinejads und die zunehmende Sorge um das iranische Atomprogramm auch den viel zitierten Satz: „Die historische Verantwortung Deutschlands für Israel ist Teil der Staatsräson meines Landes.“<sup>2</sup> Wie bringt die Bundesregierung ihre Iranpolitik in Einklang mit dem Selbstverständnis, für die Sicherheit Israels eintreten zu wollen?

Dieser Artikel stellt zunächst die ökonomischen Interessen dar, die beide Länder verbindet, sowie die Maßnahmen der Bundesregierung

- 
- 1 Grußwort von Bundespräsident Steinmeier zum Nouruz-Fest 2017 v. 20.3.2017, <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/03/170320-Nouruz.html> (Zugriff 31.3.2017).
  - 2 Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel vor der Knesset v. 18.3.2008, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Archiv16/AudioVideo/2008/Video/2008-03-17-Streaming-Israel/2008-03-17-steaming-israel.html> (Zugriff 30.1.2017).

zur Förderung der Beziehungen und insbesondere des deutsch-iranischen Handels. Die deutsche Iranpolitik basiert auf verschiedenen Annahmen über den Charakter der Islamischen Republik, die im Anschluss dargestellt werden sollen. Die staatlich geförderte Annäherung an die islamistische Diktatur hat aber auch innenpolitische Folgen für die Bundesrepublik. Die Islamische Republik nimmt über verschiedene Kanäle Einfluss auf die deutsche Gesellschaft, was zum Schluss untersucht wird.

### **Deutschland als wichtigster Handelspartner der Islamischen Republik Iran**

Deutschland ist seit langer Zeit einer der wichtigsten Handelspartner des Iran. Eine führende Position erlangten deutsche Firmen im Iran schon vor der Revolution im Jahr 1979 und konnten diese trotz einiger Höhen und Tiefen durchgehend halten. Mit einem Exportvolumen von 4,4 Milliarden Euro war Deutschland 2005 führender Exporteur in den Iran, obwohl das Iran-Geschäft, gemessen an den deutschen Gesamtexporten, weniger als ein Prozent ausmachte. Schätzungen der Deutsch-Iranischen Handelskammer zufolge waren zwei Drittel aller mittelständischen Betriebe im Iran mit deutschen Maschinen ausgerüstet und somit auf deutsche Ersatzteile angewiesen.<sup>3</sup>

Nachdem der UN-Sicherheitsrat im Dezember 2006 Sanktionen gegen den Iran wegen des Atomprogramms verhängte, verlor Deutschland seine Rolle als führender Exporteur in den Iran an China.<sup>4</sup> Einen Einbruch bedeuteten vor allem die EU-Sanktionen, die 2010 wegen des Atomprogramms verhängt wurden. Diese betrafen nun nicht nur Waffenlieferungen, sondern auch das Bankensystem, Investitionen in Irans Energiesektor und den Export sogenannter Schlüsseltechnologie. Mit einem Exportvolumen in Höhe von immerhin noch 1,8 Milliarden Euro wurde im Jahr 2013 der Tiefpunkt erreicht.<sup>5</sup>

---

3 „Wirtschaft drohen Milliardenverluste“, Interview mit Michael Tockuss (Geschäftsführer der Deutsch-Iranischen Handelskammer), 13.2.2006, [http://www.focus.de/finanzen/news/deutschland-iran\\_aid\\_104866.html](http://www.focus.de/finanzen/news/deutschland-iran_aid_104866.html) (Zugriff 30.1.2017). Zur Tradition der deutsch-iranischen Beziehungen siehe den Beitrag von Matthias Küntzel im vorliegenden Band.

4 Germany Trade & Invest (Gesellschaft für Außenwirtschaft der Bundesregierung): Wirtschaftspartner Iran ist zurück, Projektgeschäft läuft an, Reihe Im Fokus, Nr. 5/2016, 9.

5 Vgl. zu den Exportzahlen die Angaben des Statistischen Amtes der EU, Eurostat.

Doch sofort als der Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA), der Nukleardeal mit dem Iran, im Juli 2015 in Wien beschlossen wurde, begann die staatliche Förderung des Handels mit dem Mullahstaat in Deutschland erneut. Nur wenige Tage nach Unterzeichnung des Abkommens flog Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel als erster westlicher Spitzenpolitiker in Begleitung von einem Dutzend deutscher Wirtschaftsvertreter in den Iran, um die wirtschaftlichen Beziehungen zu fördern. Gabriels Besuch war nur der Anfang einer ausgiebigen deutschen Reisediplomatie. Dem Vizekanzler folgte Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) im Oktober und Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) im November 2015. Die niedersächsische Landesregierung eröffnete im November 2016 für die rund 200 im Iran aktiven niedersächsischen Firmen eine feste Repräsentanz in Teheran.<sup>6</sup> Bis Jahresende 2016 sind die Wirtschaftsminister und -ministerinnen fast aller Bundesländer in den Iran gereist; die einzige Ausnahme blieb das Saarland.<sup>7</sup> Schlusslichter waren der hessische, grüne Wirtschaftsminister Tarek el-Wazir im September 2016 und im November der parteilose Hamburger Wirtschaftsminister Frank Horch. Seine Reise fand schon unter den Vorzeichen der Wahl von Donald Trump statt. Die Ankündigungen der Republikaner in den USA, Sanktionen gegen den Iran wieder verschärfen zu wollen, sah der Norddeutsche aber nicht als Problem, sondern als Möglichkeit, sich von den Fesseln US-amerikanischer Politik endlich vollständig abzukoppeln: „Ein US-Präsident Trump ist auch eine Chance für eine eigenständigere Iranpolitik der EU“, erklärte Horch im Interview.<sup>8</sup>

---

6 Wirtschaftsminister eröffnet Vertretung im Iran, NDR 1, 7.11.2016, [https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover\\_weser-leinegebiet/Wirtschaftsminister-eroeffnet-Vertretung-im-Iran,iran318.html](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/Wirtschaftsminister-eroeffnet-Vertretung-im-Iran,iran318.html) (Zugriff 30.1.2017). Auch die bayerische Wirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) leitete bereits zwei große Delegationsreisen in den Gottesstaat: im November 2015 und im September 2016. Vgl. Aigner zu Besuch im Iran, SAT 1, 5.9.2016, <https://www.sat1bayern.de/news/20160905/aigner-zu-besuch-im-iran/> (Zugriff 30.1.2017).

7 Olaf Preuß: Hamburgs heikle Mission in den Iran, 12.11.2016, <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article159415968/Hamburgs-heikle-Mission-in-den-Iran.html> (Zugriff 30.1.2017).

8 Olaf Preuß: Warum Hamburg mit dem Iran zusammen arbeiten will, 20.11.2016, <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article159618700/Warum-Hamburg-mit-dem-Iran-zusammenarbeiten-will.html> (Zugriff 30.1.2017). Korruption und Intransparenz im Iran spricht Horch bei seinen Gastgebern in Teheran an, Irans Aggression gegen Israel oder die Lage der Menschenrechte im Iran hingegen nicht. „Wir kön-

In der Folge nahmen die deutschen Exporte in den Iran 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 24 Prozent zu und beliefen sich nun auf 2,6 Milliarden Euro. Damit blieben die Exporte aber deutlich unter den Erwartungen der Wirtschaftslobbyisten.<sup>9</sup> Der Geschäftsführer der Deutsch-Iranischen Industrie- und Handelskammer in Teheran, René Harun, hofft auf Exportzahlen im zweistelligen Milliardenbereich und ist von der bisherigen Entwicklung enttäuscht: „Die anfängliche Euphorie ist einer gewissen Ernüchterung gewichen“, erklärte er im Oktober 2016.<sup>10</sup> Verantwortlich für diese Ernüchterung sind vor allem Schwierigkeiten bei der Finanzierung von Iran-Geschäften. Zwar sind die Finanzsanktionen, die im Zusammenhang mit dem iranischen Atomprogramm verhängt wurden, aufgehoben. Der Iran gilt jedoch bei der Financial Action Task Force (FATF), einer internationalen Einrichtung zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, als „nicht kooperierendes Hochrisikoland“. Aus der Sicht der FATF bedroht Irans Terrorfinanzierung das internationale Finanzsystem.<sup>11</sup> Die deutsche Bankenaufsicht Bafin schreibt deutschen Banken deshalb vor, die Herkunft von Geldern bei Iran-Geschäften genau zu klären.<sup>12</sup> Banken, die Geschäfte mit dem Mullahstaat finanzieren, müssen deshalb noch immer aufwendige und kostspielige Prüfungen vornehmen, was sie von Geschäften im großen Stil bisher abhält. Im Juni 2016 wurden die Iran-Maßnahmen von der FATF zwar für ein Jahr ausgesetzt, nachdem sich Teheran prinzipiell zu einer Kooperation bereit erklärte. Es ist indessen unklar, ob sich dieses Problem in naher Zukunft lösen

---

nen nicht unsere Ansichten zum alleinigen Maß der Dinge machen“, sagt er. „Würden wir das tun, müssten wir vermutlich einen großen Teil unseres Außenhandels einstellen.“

- 9 Die höchsten Exportwerte erreichte die deutsche Industrie im Jahr 2005 vor den Sanktionen der UNO im Jahr 2006 mit einem Exportvolumen von gut 4 Milliarden Euro. Vgl. Eurostat.
- 10 Zit. n. Nikolaus Doll: „Wir werden nicht ewig auf euch warten“, 3.10.2016, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article158524573/Wir-werden-nicht-ewig-auf-euch-warten.html> (Zugriff 30.1.2017).
- 11 Vgl. <http://www.fatf-gafi.org/countries/#Iran>. – Vgl. auch das „public statement“ der FATF v. 24.2.2017, <http://www.fatf-gafi.org/publications/high-riskandnon-cooperativejurisdictions/documents/public-statement-february-2017.html> (Zugriffe 30.3.2017).
- 12 Vgl. Rundschreiben der Bankenaufsicht Bafin v. 5.4.2016, [https://www.bafn.de/SharedDocs/Veroeffentlichungen/DE/Rundschreiben/2016/rs\\_1602\\_gw\\_fatf.html](https://www.bafn.de/SharedDocs/Veroeffentlichungen/DE/Rundschreiben/2016/rs_1602_gw_fatf.html). – Vgl. auch Hans Spross: Sanktionen hemmen Iran-Geschäft auch nach Atomdeal, 1.10.2016, <http://www.dw.com/de/sanktionen-hemmen-iran-gesch%C3%A4ft-auch-nach-atomdeal/a-35930793> (Zugriffe 30.1.2017).

lässt. Ali-Akbar Velayati, ehemaliger Außenminister und heute einer der wichtigsten Berater des Obersten geistlichen Führers Ali Khomeini, erklärte jedenfalls im September 2016, es liege nicht im nationalen Interesse Irans, sich den Vorgaben der FATF zu beugen, da sich die Maßnahmen der FATF gegen die iranischen „Kampagnen gegen den Zionismus und ihre Unterstützer“ in Palästina und im Libanon sowie gegen die Kämpfer „für den Ruhm des Islams“ richteten. Als Beispiel nannte Velayati ausdrücklich die Hisbollah und forderte eine Politik des Widerstands gegen die FATF.<sup>13</sup>

Auch nach wie vor bestehende Sanktionen in den USA machen das Iran-Geschäft kompliziert. Es bestehen zum Beispiel weiterhin „sekundäre“ Sanktionen (also Sanktionen gegen Nicht-US-Bürger) wegen Handel mit Personen, die wegen Unterstützung des Terrorismus oder der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen gelistet sind. Dazu gehören zum Beispiel die Revolutionswächter, die einen großen Teil der iranischen Wirtschaft kontrollieren und über ein großes und schwer durchschaubares Geflecht an Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen verfügen.<sup>14</sup>

Wegen des Verstoßes gegen US-Sanktionen mussten in den USA tätige deutsche und europäische Banken in der Vergangenheit zum Teil hohe Strafen zahlen. Die Deutsche Bank wurde mit einer Strafe von 258 Millionen Dollar belegt, die Commerzbank mit 1,45 Milliarden Dollar und die französische BNP Paribas mit dem Spitzenwert von 8,9 Milliarden Dollar. Insgesamt wurden bis zum Februar 2016 zwanzig Banken bestraft. Vor diesem Hintergrund sind die Finanzinstitute vorsichtig.<sup>15</sup> Sanktionen der USA trafen auch einzelne Manager. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) berichtete im Dezember 2016 über

---

13 Velayati challenges FATF saying it does not serve Iran national interest, 4.9.2016, <http://www.irna.ir/en/News/82217290/> (Zugriff 30.3.2017).

14 Vgl. dazu die vom Treasury der USA herausgegebene Liste der „Specially Designated Nationals and Blocked Persons List“, die ständig aktualisiert wird. <https://www.treasury.gov/ofac/downloads/sdnlist.pdf>. – Übersicht zu den Sanktionen, 16.1.2016, [https://www.treasury.gov/resource-center/sanctions/Programs/Documents/jcpoa\\_faqs.pdf](https://www.treasury.gov/resource-center/sanctions/Programs/Documents/jcpoa_faqs.pdf) (Zugriffe 30.1.2017).

15 Vgl. Deutsche Banken sind skeptisch, 29.4.2016, <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/banken-versicherungen/iran-geschaefte-deutsche-banken-sind-skeptisch/13521290.html>. – Vgl. auch Henry Balani: Bankgeschäfte mit dem Iran nach den Sanktionen, 10.2.2016, [http://www.exportmanager-online.de/wp-content/uploads/sites/15/2016/02/9\\_Balani\\_ExMa\\_01\\_2016.pdf](http://www.exportmanager-online.de/wp-content/uploads/sites/15/2016/02/9_Balani_ExMa_01_2016.pdf) (Zugriffe 30.1.2017).

den Fall Ulrich Wippermann, einem Spezialist für Außenhandelsfinanzierung. Wippermann landete auf der US-Terrorliste, weil er sich um die Finanzierung von Iran-Geschäften gekümmert hatte. Das deutsche Unternehmen, in dessen Vorstand er saß, kam auf die schwarze Liste der USA und beugte sich schließlich den Forderungen des US-Finanzministeriums, den Manager zu entlassen, um einer Insolvenz zu entgehen. Wippermann wurde nun nicht nur arbeitslos, sondern musste auch sonstige Einschränkungen hinnehmen. Weil er auf der Terrorliste stand, schickte die Firma Apple ihm kein neues iPhone, und sogar Gartenmöbel wurden ihm nicht geliefert. Laut FAZ ist Wippermann kein Einzelfall.<sup>16</sup>

Wo die großen, international orientierten Banken ausfielen, waren Volksbanken und Sparkassen ohne US-Geschäft allerdings bereits früher geneigt, Exporte in den Iran zu finanzieren.<sup>17</sup> Außerdem wurden nach dem Ende der Finanzsanktionen auch iranische Banken wieder in Deutschland aktiv. Als erstes nahm die Europäisch-Iranische Handelsbank (EIH) im März 2016 die Arbeit wieder auf.<sup>18</sup> Die Melli Bank, die Sedarat Bank und die Sepah Bank unterhalten Filialen in Frankfurt. Dennoch stehen die US-Sanktionen einem echten Durchbruch in den deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen im Weg. Und so arbeitet die deutsche Politik kräftig daran, auch diese letzten Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Die bayerische Wirtschaftsministerin Ilse Aigner holte im September 2016 drei weitere iranische Banken nach Bayern.<sup>19</sup> Um das ganz große Geschäft anzukurbeln, setzte sich insbesondere Sigmar Gabriel dafür ein, die USA zu Zugeständnissen zu bewegen und den Weg für die international tätigen deutschen Groß-Banken wieder

---

16 Vgl. Stefan Buchen; Rainer Hermann: Wie ein deutscher Unternehmer auf Amerikas Terrorliste geriet, 1.12.2016, [http://www.faz.net/aktuell/politik/deutscher-auf-usa-terrorliste-wegen-exporten-nach-iran-14552747.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](http://www.faz.net/aktuell/politik/deutscher-auf-usa-terrorliste-wegen-exporten-nach-iran-14552747.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2) (Zugriff 30.1.2017).

17 Vgl. Thorsten Winter: Nicht nur mit neuen Kontakten zurück, 23.9.2016, <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/nicht-nur-mit-neuen-kontakten-aus-teheran-zurueck-14448741.html> (30.1.2017).

18 Vgl. Erste Bank arbeitet wieder mit Teheran, 1.3.2016, <http://www.n-tv.de/wirtschaft/Erste-Bank-arbeitet-wieder-mit-dem-Iran-article17115181.html> (Zugriff 30.1.2016).

19 Vgl. Iranische Banken planen Niederlassungen in München, 4.9.2016, <https://www.welt.de/regionales/bayern/article157950556/Iranische-Banken-planen-Niederlassungen-in-Muenchen.html> (Zugriff 30.1.2017). Dazu gehören die Middle East Bank, die Parsian Bank und die Sina Bank.

freizumachen.<sup>20</sup> Vom Iran aus appellierte er im Oktober 2016 an die USA, alle verbleibenden Sanktionen aufzuheben.<sup>21</sup>

Seit Juni 2016 fördert die Bundesregierung das Iran-Geschäft wieder mit Hermes-Bürgschaften, mit denen das Wirtschaftsministerium deutsche Firmen gegen mögliche Verluste absichert. Sigmar Gabriel bezeichnete dies als „wichtige[n] Schritt, um unsere wirtschaftlichen Beziehungen [mit dem Iran] wiederzubeleben.“<sup>22</sup> Auch der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) begrüßte die Entwicklung. Ohne die staatliche Förderung würden „nur wenige Unternehmen den Schritt auf den iranischen Markt wagen“, hieß es in einer Pressemeldung.<sup>23</sup>

2016 war ein Jahr großer europäischer Deals im Iran: Airbus verkaufte 100 Flugzeuge an die staatliche Fluggesellschaft Iran Air.<sup>24</sup> 29 internationale Ölgesellschaften durften sich im Iran an der Entwicklung von lukrativen Gas- oder Ölfeldern beteiligen. Darunter waren die österreichische OMV und der deutsche Erdöl- und Erdgasproduzent Wintershall.<sup>25</sup> Siemens wickelt Aufträge ab, die unter anderem die Lieferung von 750 Lokomotiven und 20 Gasturbinen umfassen.<sup>26</sup> Am deutsch-iranischen Businessforum im Mai 2016 in Teheran nahmen über 100 deutsche Unternehmen teil, Sigmar Gabriel reiste im Oktober 2016 in Begleitung von 120 Wirtschaftsvertretern in den Iran, und im Januar 2017 war Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) zum

---

20 Das Wirtschaftsministerium verhandelte im November 2016 in dieser Frage weiterhin mit den USA. Vgl. Auskunft Korbinian Wagner (BMWi) bei einer Regierungspressekonferenz v. 16.11.2016, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2016/11/2016-11-16-regpk.html> (Zugriff 30.1.2017).

21 Vgl. Andreas Benl: Prinzip Kollaboration, 13.10.2016, <http://jungle-world.com/artikel/2016/41/54970.html> (Zugriff 30.1.2017).

22 BMWi Pressemitteilung: Hermesdeckungen für Iran wieder möglich, 20.6.2016, <http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2016/20160620-hermesdeckungen-fuer-iran-wieder-moeglich.html> (Zugriff 30.1.2017).

23 BDI: Exportkreditgarantien: Hermes-Bürgschaften für Iran-Geschäft wieder freigeschaltet, 27.6.2016, <http://bdi.eu/artikel/news/exportkreditgarantien-hermes-buergschaften-fuer-iran-geschaeft-wieder-freigeschaltet/> (Zugriff 30.3.2017).

24 Vgl. Laura Frommberg: Iran Air kauft definitiv keine Airbus 380, 22.12.2016. <http://www.aerotelegraph.com/iran-air-kauft-definitiv-keine-airbus-a380-bestellung-100-flugzeuge> (Zugriff 30.1.2017).

25 Vgl. Steven Hanke: Wintershall zwischen Emlichheim und Iran, 6.1.2017, <http://www.energategate-messenger.de/news/170633/wintershall-zwischen-emlichheim-und-iran> (Zugriff 30.1.2017).

26 Vgl. Iran signs contract with Siemens of Germany to buy 50 locomotives, 4.1.2017, <http://www.ima.ir/en/News/82374803/> (Zugriff 30.1.2017).

zweiten Mal in Teheran. Er unterzeichnete mehrere Kooperationsabkommen zum Ausbau von Flughäfen und Straßenverkehr.<sup>27</sup>

Dem deutschen „Wunsch nach einer Intensivierung der Kontakte mit dem Iran“, wie es ein Sprecher des Auswärtigen Amtes im Juli 2016 formulierte,<sup>28</sup> folgten aber nicht nur den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen, sondern die Intensivierung von Kontakten auch auf anderen Ebenen. So besuchte der Präsident des Bundespolizeipräsidiums, Dieter Romann, im Januar 2017 iranischen Medien zufolge den Iran, und erklärte seine Absicht, die Beziehungen zu seinen iranischen Kollegen ausbauen zu wollen. Man wolle gemeinsam gegen das organisierte Verbrechen und die Drogenkriminalität vorgehen, erklärte Romann.<sup>29</sup> Die Bekämpfung des Drogenhandels hatte im Jahr 2011 bereits der deutsche Diplomat Markus Potzel als Feld ausgemacht, auf dem man mittels kleiner, praktischer Schritte Vertrauen bilden und die Zusammenarbeit kontinuierlich ausbauen könne.<sup>30</sup>

### **Politik der Illusionen?**

Auf verschiedenen Ebenen investiert die Bundesregierung viel in die Beziehungen zum Iran. Die deutsche Iranpolitik beruht dabei auf einer Reihe von Annahmen, die sich als illusionär erwiesen haben. Sie

27 Vgl. Iran und Deutschland unterzeichnen Kooperationsabkommen, 17.1.2017, [http://parstoday.com/de/news/iran-i22513-iran\\_und\\_deutschland\\_unterzeichnen\\_kooperationsabkommen](http://parstoday.com/de/news/iran-i22513-iran_und_deutschland_unterzeichnen_kooperationsabkommen) (Zugriff 30.1.2017).

28 Bundesregierung: Regierungspressekonferenz v. 8.7.2016, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2016/07/2016-07-08-regpk.html> (Zugriff 30.1.2017).

29 Vgl. Police cooperation to expand between Iran and Germany, 15.1.2017, <http://en.isna.ir/news/95102616632/Police-cooperation-to-expand-between-Iran-and-Germany>. – Germany lauds Iran's 'effective' campaign against drugs, terrorism, 15.1.2017, <http://www.irna.ir/en/News/82388235/>. – German Federal Police chief arrives in Zahedan city, 14.1.2017, <http://www.irna.ir/en/News/82386473/>. – Präsident des Bundespolizeipräsidiums Romann lobt Strategie der iranischen Polizei im Kampf gegen Drogenhandel, 15.1.2017; [http://parstoday.com/de/news/iran-i22414-pr%C3%A4sident\\_des\\_bundespolizeipr%C3%A4sidentiums\\_romann\\_lobt\\_strategie\\_der\\_iranischen\\_polizei\\_im\\_kampf\\_gegen\\_drogenhandel](http://parstoday.com/de/news/iran-i22414-pr%C3%A4sident_des_bundespolizeipr%C3%A4sidiums_romann_lobt_strategie_der_iranischen_polizei_im_kampf_gegen_drogenhandel) (Zugriffe 30.1.2017).

30 Markus Potzel: Iran und der Westen. Chancen für ein gemeinsames Handeln in Afghanistan?, SWP Schwerpunkt, Juni 2016, 6. Auch der „Bergedorfer Gesprächskreis“ empfahl im Juni 2014 die Bekämpfung des Drogenhandels neben der Energiesicherheit als möglichen Punkt einer Zusammenarbeit mit dem Iran. Vgl. Iran und der Westen: Perspektiven der Zusammenarbeit, Körber-Stiftung, Juli 2014, [http://epub.sub.uni-hamburg.de/epub/volltexte/2014/31206/pdf/Zusammenfassung\\_BG\\_156\\_DE.pdf](http://epub.sub.uni-hamburg.de/epub/volltexte/2014/31206/pdf/Zusammenfassung_BG_156_DE.pdf) (Zugriff 30.1.2017).



setzt einerseits darauf, dass die Islamische Republik politische Ziele verfolgt, die mit denen anderer Staaten in der Region und denen der westlichen Demokratien kompatibel sind. So betonte Steinmeier bei einem Treffen mit dem iranischen Außenminister Mohammad Javad Zarif im Juni 2016 die „gemeinsame Sorge“ um Staatlichkeit und Stabilität im Mittleren Osten, wie in Syrien und im Irak.<sup>31</sup> Die deutsche Iranpolitik basiert andererseits auf der Annahme, das Regime sei gespalten in ‚gemäßigte Reformer‘, mit denen das Atomabkommen ausgehandelt wurde, und in ‚Hardliner‘ um die mächtigen Revolutionswächter. Diese vermeintliche Spaltung wird als Chance für die deutsche Politik begriffen, die vermeintlich ‚moderaten‘ Kräfte zu stärken. Mit dem Wiener Abkommen, so Steinmeier, hätten die „Reformer in Iran Wind unter den Flügeln“ gespürt:

„Iran hat nach wie vor eine gut ausgebildete Jugend, die am Ende keine anderen Wünsche hat als unsere Jugend. Sie möchten lesen, sie möchten reisen, sie möchten freies Internet haben. Ich glaube, deshalb hat die Vereinbarung über die an der Oberfläche sichtbaren außenpolitischen Ziele eben auch eine erhebliche Inwendimension und kann helfen, dieses Land zu verändern und zu einem hoffentlich konstruktiven Partner in der Region zu machen.“<sup>32</sup>

Bei dieser Sicht auf die Islamische Republik werden zwei Dinge ausgeblendet: Erstens das ideologische Fundament des Regimes, in dessen Zentrum der Export der Revolution, bzw. die Ausbreitung der Herrschaft des Islam über die Grenzen des Iran hinaus und der Antisemitismus stehen mit der Staatsdoktrin, Israel zerstören zu wollen. Zweitens wird die Struktur des Regimes ignoriert, insbesondere die Rolle des Obersten geistlichen Führers Khamenei, der die wesentlichen außenpolitischen und strategischen Entscheidungen trifft. Präsident Rohani ist nicht Michael Gorbatschow; er will keine Abkehr von

---

31 Die Anstrengungen haben sich gelohnt, Pressemitteilung Auswärtiges Amt v. 16.6.2016, [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Aktuelle\\_Artikel/Iran/160615\\_AMZarif\\_Tegel.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Aktuelle_Artikel/Iran/160615_AMZarif_Tegel.html) (Zugriff 30.1.2017).

32 Rede von Außenminister Steinmeier beim Bertelsmann Forum v. 15.2.2016, [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2016/160215-BM\\_Bertelsmann\\_Forum.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2016/160215-BM_Bertelsmann_Forum.html) (Zugriff 30.1.2017).

der islamistischen Verfassung des Landes und er hätte auch nicht die Möglichkeit dazu, wenn er denn wollte.<sup>33</sup>

Über den Iranddeal, der gegen die Bedrohung durch das iranische Atomprogramm keine Sicherheit bietet,<sup>34</sup> herrschte in der deutschen Bundesregierung fast Euphorie. Sigmar Gabriel sprach vom „Beginn eines neuen Kapitels“ in den Wirtschaftsbeziehungen mit Teheran, und Außenminister Steinmeier sah „einen historischen Erfolg der Diplomatie.“<sup>35</sup> „Ich werde nie vergessen“, erklärte er im September 2016, „wie John Kerry nach der Unterzeichnung [des Abkommens] sagte: ‚wir haben einen Krieg verhindert!‘“<sup>36</sup> Wie unrealistisch Steinmeiers Erwartungen waren, zeigte sich nur wenige Tage nach Unterzeichnung des JCPOA im Juli 2015. Zur selben Zeit, als Gabriel im Juli 2015 in den Iran flog, um Geschäfte anzubahnen, flog Qassem Soleimani, der Kommandeur der iranischen Quds-Brigaden, nach Russland, um dort mit Präsident Wladimir Putin das Vorgehen im Syrien-Krieg zu planen.<sup>37</sup> Beide Besuche waren vor Abschluss der Unterzeichnung vorbereitet worden und zeigen die unterschiedlichen Schlussfolgerungen, die aus dem Nuklearabkommen gezogen wurden. Steinmeier und Kerry hatten keinesfalls „einen Krieg verhindert“, sondern der Krieg in Syrien wurde durch Russland und Iran nun erst recht vorangetrieben. Der Iranddeal mäßigte weder die iranischen Vernichtungsdrohungen gegen Israel, noch die Kriegsführung in Syrien.

Gegenüber Kritikern verwies Gabriel auf seine Strategie eines „doppelten Dialogs“, den er wie folgt definierte: „Wir müssen einmal einen Dialog über wirtschaftliche Beziehungen führen – aber stets auch einen moralischen, also über Menschenrechte, Abrüstung, solche The-

---

33 Siehe dazu den Beitrag von Fathiyeh Naghibzadeh in diesem Band.

34 Vgl. dazu Emily B. Landau: Obama's Legacy, a Nuclear Iran?, in: *The Middle East Quarterly*, Spring 2017, <http://www.meforum.org/6561/obama-legacy-a-nuclear-iran> (Zugriff 30.5.2017).

35 Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes v. 16.1.2016, [www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2016/160116\\_BM\\_Atomvereinbarungen\\_Iran.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2016/160116_BM_Atomvereinbarungen_Iran.html) (Zugriff 30.1.2017).

36 Rede von Außenminister Steinmeier bei der Verleihung des Toleranz-Preises 2016 der Evangelischen Akademie Tutzing „Verantwortung wahrnehmen – Politik gestalten“, [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2016/160915\\_BM\\_Toleranzpreis.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2016/160915_BM_Toleranzpreis.html) (Zugriff 30.1.2017).

37 Vgl. Jay Solomon: *The Iran Wars. Spy Games, Bank Battles, and the Secret Deals That Reshaped the Middle East*, New York: Random House 2016, 284, auch 319, Anm. 283.

men. Wir müssen über das Verbindende und das Trennende sprechen.“<sup>38</sup> Das Mittel des Dialogs war jahrzehntelang das bevorzugte Instrument der deutschen Iranpolitik. Bereits im Jahr 1997 galt es jedoch als gescheitert, wie Johannes Reissner, Iran-Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), und nicht gerade ein Kritiker einer Annäherung an den Iran, schon im Jahr 2000 resümierte.<sup>39</sup> Auf dieses bekanntermaßen gescheiterte Instrument des Dialogs stützt sich die Bundesregierung nach dem Ende der Sanktionen wieder verstärkt, und wieder gibt es keinen Beleg dafür, dass sich das Verhalten des iranischen Regimes in Bezug auf Menschenrechte, die Unterstützung von Terrorgruppen im Ausland oder die Vernichtungsdrohungen gegen Israel mäßigen würde. Iranische Regierungsmitglieder spielen das Dialogspiel mit, und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sie daran einen gewissen Spaß gefunden haben. So geht die Idee zu einem deutsch-iranischen „Rechtsstaatsdialog“ aus dem vergangenen Herbst auf eine iranische Initiative zurück. „Wir wollen reden“, zitiert *Die Welt* den iranischen Vizewirtschaftsminister Mohammed Chasai. „Und zwar so viel, bis Minister Gabriel davon müde wird“.<sup>40</sup>

Der Spaß hat jedoch ein Ende, wenn es um einen zentralen Kern der iranischen Außenpolitik, nämlich um Israel geht. Als Sigmar Gabriel im Herbst 2016 vor einer Iranreise verkündete: „Klar ist aber: Ein normales, freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland wird erst dann möglich sein, wenn Iran das Existenzrecht Israels akzeptiert“, hatte er damit eine rote Linie des Regimes überschritten. Die iranische Seite zog Konsequenzen: Sowohl der iranische Parlamentspräsident Ali Larjani als auch Außenminister Zarif sagten Gespräche mit Gabriel ab.<sup>41</sup>

---

38 Roland Nelles; Florian Gathmann: SPD-Chef im Interview. Gabriel will mit Iran über Syrienkrieg sprechen, 30.9.2016, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/sigmar-gabriel-im-interview-zu-seinem-iran-besuch-a-1114604.html> (Zugriff 5.6.2017).

39 Im Jahr 1992 hatte es die Bundesregierung geschafft, dieses Mittel auf die EU-Ebene zu übertragen. „Der ‚kritische Dialog‘ bestimmte von Dezember 1992 bis zum Frühjahr 1997 die offizielle Politik der EU gegenüber Iran. [...] Ziel des ‚kritischen Dialogs‘ war es, Irans Verhalten in den Bereichen Menschenrechte, nahöstlicher Friedensprozess, Terrorismus und Rüstung mit Massenvernichtungswaffen zu ändern. Darin war er bekanntlich nicht erfolgreich.“ Johannes Reissner: Europas „kritischer Dialog“ mit Iran, in: Klaus Schubert; Gisela Müller-Brandeck-Boquet: Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik, Opladen: Leske & Budrich 2000, 173.

40 Doll: „Wir werden nicht ewig auf euch warten“ [FN 10].

41 SPD-Chef im Interview [FN 38].

Auch ein Treffen mit Rohani blieb aus. Sadeq Larijani, Chef der Justiz im Iran, wettete, die Islamische Republik hätte Gabriel gar nicht erst einreisen lassen sollen.<sup>42</sup> Diese Brüskierung Gabriels, der daraufhin statt hochrangiger politischer Treffen ein stundenlanges Museumsprogramm einschieben musste, führte auf der deutschen Seite zu keiner Form der Distanzierung oder Kritik. Die iranische Wirtschaft wurde stattdessen mit weiteren Investitionsversprechen belohnt. Am 3. Oktober 2016 tagte nach jahrelanger Unterbrechung wieder eine „Gemischte deutsch-iranische Wirtschaftskommission“ in Teheran unter Gabriels Vorsitz. Dort kam es zum Abschluss zahlreicher Vereinbarungen zu deutschen Investitionen im Iran, „die für die weitere Modernisierung des Iran wichtig sind“, wie es in einer Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums hieß.<sup>43</sup>

Obwohl eine kritische Debatte über die deutsche Iranpolitik quasi nicht existiert (die kritische Berichterstattung einiger Journalisten und Journalistinnen vor allem in Zeitungen wie *Bild*, *Welt* und *Jungle World* sind die Ausnahme), wird dennoch an einigen Punkten in der öffentlichen Debatte sichtbar, wie illusionär die deutsche Iranpolitik ist. Beispiele dafür sind die Beschaffungsaktivitäten für das iranische Raketenprogramm in Deutschland, die Drohungen gegen Israel, die Menschenrechtslage, die sich trotz ‚Hoffnungsträger‘ Rohani nicht verbessert hat, und zuletzt die Mordpläne gegen den SPD-Politiker Reinhold Robbe, auf die weiter unten zurückzukommen ist.

Bezüglich des Raketenprogramms formulierte Angela Merkel ein Jahr nach der Unterzeichnung des Irandeals im Juli 2016 deutliche Sorgen in einer Regierungserklärung. Sie erklärte, dass der Iran sein Raketenprogramm „in eindeutigem Widerspruch zu den einschlägigen Bestimmungen des UNO-Sicherheitsrates [...] unvermindert weiter“ entwickle. Die NATO brauche deshalb die sogenannte Erstbefähigung der Raketenabwehr zum Schutz der europäischen Bevölkerungen.<sup>44</sup>

42 Vgl. Benl: Prinzip Kollaboration [FN 21].

43 Pressemitteilung des BMWi v. 2.10.2016, <http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2016/20161002-gabriel-reist-mit-wirtschaftsdelegation-in-den-iran-und-eroeffnet-die-5-sitzung-der-deutsch-iranischen-gemischten-wirtschaftskommission.html> (Zugriff 30.1.2017).

44 Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel v. 7.7.2016, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Regierungserklaerung/2016/2016-07-07-regierungserklaerung.html> (Zugriff 30.1.2017).

Kurz zuvor hatte das Bundesamt für Verfassungsschutz den Bericht für das Jahr 2015 vorgestellt und darin von illegalen iranischen Beschaffungsversuchen im Bereich der Nuklear- und Raketentechnologie in Deutschland berichtet, die „dem Einsatz von Kernwaffen dienen könnten“.<sup>45</sup> Gerade in Deutschland sei das islamistische Regime aktiv, da die zahlreichen Hightechfirmen für das iranische Atomprogramm interessant seien. Die deutschen Verfassungsschützer erklärten außerdem, dass sie „weiterhin intensive Beschaffungsaktivitäten des Iran unter Nutzung konspirativer Methodik in Deutschland“ auch in Zukunft erwarteten. In einer darauffolgenden Pressekonferenz wurden diese Erkenntnisse vom Auswärtigen Amt jedoch sofort heruntergespielt. Ein Sprecher erklärte, die Erkenntnisse seien zwar „unangenehm“, das entscheidende Datum sei jedoch erst der Januar 2016, also das Inkrafttreten des Irandeals. Man habe „großes Vertrauen in diejenigen [Kreise] innerhalb der iranischen Staatsführung, mit denen wir die Wiener Vereinbarung ausgehandelt haben“.<sup>46</sup> Der Sprecher räumte jedoch ein, dass der Iran mit den kurz zuvor durchgeführten Raketentests tatsächlich gegen Bestimmungen des UNO-Sicherheitsrates verstoßen hatte. Eine Basis für Vertrauen in friedliche Absichten des iranischen Atomprogrammes gab es freilich nie; und dass das Atomprogramm des Iran eine militärische Dimension hat, war auch mit dem IAEA-Bericht vom Dezember 2015 offiziell festgehalten worden.<sup>47</sup>

Um dieses grundlose „Vertrauen“ zu erhalten, wird auf Kritik in den Beziehungen weitestgehend verzichtet. In dieser Hinsicht erhielt die grüne Abgeordnete Katharina Schulze von der bayerischen Landesregierung auf die Frage, ob die Drohungen gegen Israel und die Menschenrechtsslage beim Iran-Besuch von Ilse Aigner eine Rolle gespielt hatten, eine klare Antwort. „In den Gesprächen ging es ausschließlich um die Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen, die Schaffung

---

45 Bundesministerium des Inneren: Verfassungsschutzbericht 2015. Fakten und Tendenzen, Kurzzusammenfassung, 32, <https://www.verfassungsschutz.de/download/vsbericht-2015-kurzzusammenfassung.pdf> (Zugriff 30.1.2017).

46 Bundesregierung, Regierungspressekonferenz v. 8.7.2016, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2016/07/2016-07-08-regpk.html> (Zugriff 30.1.2017).

47 IAEA, Board of Governors: Final Assessment on Past and Present Outstanding Issues regarding Iran's Nuclear Programme, 2.12.2015, <https://www.iaea.org/sites/default/files/gov-2015-68.pdf> (Zugriff 30.1.2017).

von Voraussetzungen für einen funktionierenden Zahlungsverkehr und die Unterstützung der mitgereisten Unternehmen gegenüber den fachlich zuständigen iranischen Stellen.“<sup>48</sup> Die „Gesprächsfäden“, die Ilse Aigner wieder aufnehmen wollte, sind „so dick und stabil wie die Seile der Henker“, wie ein hellsichtiger Kommentator auf Facebook einmal kritisierte; Menschenrechtsverletzungen stören diese Gespräche nicht. Dabei gibt es im Iran nicht nur die weltweit höchsten Hinrichtungszahlungen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl, auch Amputationen sind an der Tagesordnung. Amnesty International hat im Januar 2017 einen erschütternden Bericht über die grausamen Körperstrafen veröffentlicht, die das auf der Scharia basierende Rechtssystem im Iran vorsieht. Verurteilte werden ohne rechtsstaatliche Verfahren wegen Beleidigungen, Diebstahl und Betrug ausgepeitscht. Peitschenhiebe gibt es auch wegen sexueller Beziehungen unverheirateter Personen, Ehebruch, der Teilnahme an gemischt-geschlechtlichen Partys oder dem Konsum von Alkohol. Homosexuelle sind von Peitschenhieben und der Todesstrafe bedroht. Journalisten wurden mit der Peitsche für „ungenauere Berichterstattung“ bestraft. Die meisten Opfer der Auspeitschungen sind unter 35 Jahre alt.<sup>49</sup>

Zwar verurteilen deutsche Regierungsmitglieder die Menschenrechtsverletzungen hin und wieder und setzen sich auch für einzelne Gefangene ein. Die grundsätzliche Problematik, dass es durch die Annäherung keine ‚Mäßigung‘ in Menschenrechtsfragen gibt, und die Hinrichtungszahlen im Gegenteil unter Rohani angestiegen sind, wird jedoch nicht kritisch reflektiert. Statt ‚Wandel durch Handel‘ ist vielmehr ein ‚Handel durch Anbiederung‘ zu beobachten.

### **Einfluss der Islamischen Republik in Deutschland**

Die Annäherung an den Iran führt zu einem komplizierten Schweigen zu den außenpolitischen und innenpolitischen Verbrechen des

48 Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze, Bündnis 90/Die Grünen v. 13.9.2016, <https://kleineanfragen.de/bayern/17/13965-bayerisch-iranische-beziehungen-thematisierung-der-menschenrechtslage-und-der-wiederholten-drohungen-gegenueber.txt> (Zugriff 30.1.2017).

49 Amnesty International: Iran: Wave of floggings, amputations and other vicious punishments, v. 18.1.2017, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2017/01/iran-wave-of-floggings-amputations-and-other-vicious-punishments/> (Zugriff 30.1.2017).

iranischen Regimes oder sogar zur Rechtfertigung dieser Taten. Der Austausch gibt den islamistischen Propagandisten und Propagandistinnen auch in der Bundesrepublik ein Resonanzfeld und hat damit Einfluss auf die deutsche Gesellschaft. Exemplarisch zeigte dies eine Iranreise von drei Mitgliedern der Grünen Jugend, darunter die frühere Bundessprecherin Theresa Kalmer, im August 2016. Nach der Reise erklärte Kalmer zu den Hinrichtungszahlen: „Nach den Gesprächen, die wir geführt haben, wird Rohani vor Ort als moderat eingeschätzt. Die dennoch hohen Hinrichtungszahlen wurden uns so erklärt, dass er aufgrund seiner moderaten Politik innenpolitische Härte zeigen muss, um auch die Konservativen hinter sich zu bekommen.“ Eine Erklärung, mit der Kalmer offensichtlich zufrieden war, und der sie nicht widersprach.<sup>50</sup> Dass der ‚Wandel‘ bei der Annäherung häufig auf der deutschen Seite stattfindet und eine zunehmende Akzeptanz der islamistischen Wertevorstellungen bedeutet, zeigen auch die wirtschaftlich motivierten Reisen in den Iran. So wurden Teilnehmerinnen einer Delegationsreise in den Iran in einer Broschüre des sächsischen Wirtschaftsministeriums mit Kopftuch abgebildet, was der sächsische Wirtschaftsminister Martin Dulig als „Wandel durch Annäherung“ bezeichnete.<sup>51</sup> Während in der deutschen Debatte Kritik am islamischen Schleierzwang durchaus im Sinne Ajatollah Khomeinis als „Islamophobie“ gebrandmarkt wird,<sup>52</sup> unterwerfen sich deutsche Iranreisende vorausseilend dem Schleierzwang des Gottesstaates.

In dieser Hinsicht ist besonders das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) ein Problem. Das IZH ist bereits seit Revolutionszeiten die wichtigste Basis der iranischen Islamisten in Europa und wird von Teheran aus gesteuert. Der Leiter des Zentrums, Ajatollah Reza Ramezani, gilt als Khameneis Stellvertreter in Deutschland. Durch Berichte des Verfassungsschutzes ist dies der Öffentlichkeit bekannt, ebenso wie die Tatsache, dass vom IZH aus der antisemitische Quds-Marsch mit vorbereitet wird, der alljährlich auf dem Berliner Kurfürstendamm

---

50 Alex Feuerherdt: Jung-Grüne: Eine Iran-Reise als Karriere-Sprungbrett, 2.9.2016, <http://www.mena-watch.com/mena-analysen-beitraege/jung-gruene-eine-iran-reise-als-karriere-sprungbrett/> (Zugriff 30.1.2017).

51 Schleier & Pixel? Auch kein Problem!, 7.6.2016, <http://www.emma.de/artikel/zwangsverschleierung-kein-problem-332641> (Zugriff 30.1.2017).

52 Vgl. dazu die Beiträge von Sama Maani und Andreas Benl im vorliegenden Band.

die Vernichtung Israels propagiert.<sup>53</sup> Dennoch ist das IZH durch einen Staatsvertrag mit der Stadt Hamburg verbunden und hat so unter anderem Einfluss auf den islamischen Religionsunterricht in Schulen und Universitäten. Zwar regt sich in der Hamburger Bürgerschaft mittlerweile Kritik. Vier Mitglieder der Grünen legten im November 2016 einen Antrag mit dem Titel „Kein Staatsvertrag mit Vertretern der Gewaltherrschaft im Iran und Befürwortern der Vernichtung Israels“ zur Abstimmung vor. Sie forderten darin, dass das IZH aus dem Staatsvertrag ausgeschlossen werden sollte, wenn seine Leitung nicht innerhalb von drei Monaten zusage, nicht mehr an antiisraelischen Veranstaltungen wie dem Quds-Tag teilzunehmen.<sup>54</sup> Der Antrag wurde von der Landesmitgliederversammlung jedoch abgelehnt. Stattdessen wurde ein deutlich entschärfter Beschluss verabschiedet, in dem das Ultimatum fehlte und lediglich eine Empfehlung gegeben wurde: ein „Zeichen“ des IZH, „dass eine Teilnahme an Demonstrationen wie dem Al-Quds-Tag nicht mit diesem gemeinsamen Wertekanon vereinbar ist“, sei „wünschenswert und klug“.<sup>55</sup> Nach einer Aussprache über die Islamverbände im Hamburger Senat wurden Anträge der CDU, FDP und AfD zur Kündigung der Verträge Anfang Februar 2017 mit den Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt. Hamburgs Bürgermeister verteidigte den Staatsvertrag mit der Begründung, dass der Staat auf diese Weise seine „Neutralität“ in Religionsfragen beweise.<sup>56</sup> In Wirklichkeit räumt der Staat jedoch dem iranischen Regime auf diese Weise einen Einfluss auf die deutsche Gesellschaft ein.

Dass es auf lokaler Ebene nicht gelingt, den Einfluss des IZH zurückzudrängen, liegt auch daran, dass der „Dialog“ mit dem IZH von der

---

53 Verfassungsschutzbericht Hamburg 2014, Pressefassung, 11.6.2015, <http://www.hamburg.de/contentblob/4509404/870370bd5c211c719ddbe52c23e61866/data/verfassungsschutzbericht-2014-bericht-lfv.pdf> (Zugriff 30.1.2017), 47 f.

54 Jens Meyer-Wellmann: Islamisches Zentrum: Ultimatum für die Blaue Moschee, 7.11.2016, <http://m.abendblatt.de/hamburg/article208666477/Islamisches-Zentrum-Ultimatum-fuer-die-Blaue-Moschee.html> (Zugriff 30.1.2017).

55 „Bedingungslose Anerkennung des Existenzrechts Israels“, Beschluss der Landesmitgliederversammlung Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Hamburg v. 26.11.2016, <https://hamburg.gruene.de/dokument/29-11-2016/bedingungslose-erkennung-des-existenzrechts-israels> (Zugriff 30.1.2017).

56 Jens Meyer-Wellmann: Scholz kämpft mit emotionaler Rede für Islamverträge, 1.2.2017, <http://m.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article209472499/Scholz-kaempft-mit-emotionaler-Rede-fuer-Islamvertraege.html> (Zugriff 3.2.2017).



Bundesregierung gefördert wird. Am 22. Mai 2017 fand im Auswärtigen Amt eine Konferenz unter dem Motto „Friedensverantwortung der Religionen“ statt. Die Konferenz ist Teil der Neuausrichtung der Kultur- und Bildungspolitik des Auswärtigen Amtes: weg von einer Außenpolitik zwischen Staaten und hin zu einer Außenpolitik der Gesellschaften.<sup>57</sup> Unter den Gästen war auch Hamidreza Torabi, der als Vertreter des IZH eingeladen worden war.<sup>58</sup> Torabi ist Vorsitzender der Islamischen Akademie Deutschland, die zum IZH gehört. Auf dem Quds-Marsch 2016 trug Torabi ein Plakat, auf dem zur Vernichtung Israels aufgerufen wurde.<sup>59</sup> Die Organisatorinnen eines „Frauen- und MigrantInnenmarschs“ erlebten im Frühjahr 2017, wie das IZH seinen Einfluss ausüben konnte, den es durch die Akzeptanz und Förderung durch die Stadt Hamburg und die Bundesregierung mittlerweile hat.<sup>60</sup> Weil das Bündnis sowohl gegen Rechtspopulismus als auch gegen Islamismus und Kopftuchzwang mobilisieren wollte, wurde die Schura aktiv, der „Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg“, ein Dachverband islamischer Verbände, in dessen Vorstand der Leiter des IZH, Ajatollah Ramezani sitzt.<sup>61</sup> Ein Schura-Vertreter forderte von der Organisatorin des Marsches, Rednerinnen auszuladen, die sich explizit gegen den Kopftuchzwang stellen. Als diese sich weigerte, schaffte es die Schura, einige der den Marsch zunächst unterstützenden Verbände dazu zu bringen, ein Statement zu unterzeichnen, mit dem sie sich öffentlich von der Demonstration distanzieren.<sup>62</sup> So kam es zu einem Bündnis Hamburger zivilgesellschaftlicher Organisationen mit den

57 Kraft der Religionen für Frieden nutzen. Das Auswärtige Amt will stärker mit den Religionsgemeinschaften zusammenarbeiten. Auftakt war heute eine Konferenz in Berlin, 22.5.2017, [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/KulturDialog/Aktuell/170522\\_Friedensverantwortung.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/KulturDialog/Aktuell/170522_Friedensverantwortung.html) (Zugriff 28.5.2017).

58 Vgl. Benjamin Weinthal: German FM hosts Iranian official calling for Israel's destruction, 26.5.2017, <http://www.jpost.com/Diaspora/German-FM-hosts-Iranian-official-calling-for-Israel's-destruction-494013> (Zugriff 28.5.2017).

59 Vgl. Kazem Moussavi: Führungsmittglied des Islamischen Zentrum Hamburg beim Al-Quds Marsch in Berlin 2016, 6.7.2016, <http://iraniansforum.com/eu/fuehrungsmittglied-des-islamischen-zentrum-hamburg-beim-al-quds-marsch-in-berlin-2016/> (Zugriff 28.5.2017).

60 Vgl. Schura boykottiert Frauenmarsch, 12.5.2017, <http://www.emma.de/artikel/hamburg-schura-boykottiert-frauenmarsch-334467> (Zugriff 28.5.2017).

61 Vgl. <http://www.schura-hamburg.de/index.php/ueber-uns/vorstand> (Zugriff 30.1.2017).

62 Distanzierung vom Frauen- und Migrantinnenmarsch am 13. Mai 2017 von Schura Hamburg und Sisters March, 10.5.2017, <http://www.schurahamburg.de/index>.

vom iranischen Regime gesteuerten Islamisten gegen Frauenrechte in Deutschland. Dies ist die Folge der „Dialogpolitik“: Initiativen gegen den Islamismus und für Frauenrechte werden an den Rand gedrängt und als „rassistisch“ stigmatisiert.

Ein Resonanzfeld bieten dem iranischen Regime auch politische Stiftungen. Im November 2016 lud die grünennahe Heinrich Böll-Stiftung Ziba Mir-Hosseini als Referentin zu einer Veranstaltung über die iranische Zivilgesellschaft nach dem Atomabkommen ein. Mir-Hosseini lobte die Hisbollah: der Iran verhalte sich außenpolitisch „defensiv“ und brauche die Unterstützung der Terrororganisation, um sich gegen die „aggressive Macht“ Israel zu wehren. Auf derselben Veranstaltung wurde Hadi Ghaemi, ein Vertreter einer Menschenrechtsorganisation in den USA, nach einem Vortrag über die Menschenrechtsslage kritisiert. Studierende, die für ein Semester in den Iran gegangen waren, warfen ihm aus dem Publikum vor, ein zu negatives Bild des iranischen Regimes zu zeichnen und damit Vorurteile zu schüren.<sup>63</sup>

Einige Ereignisse, bei denen das Appeasement gegenüber dem Islamismus besonders deutlich zu Tage trat, konnten von der Kampagne STOP THE BOMB, die 2007 in Österreich gegründet wurde und seit 2008 auch in Deutschland aktiv ist, dennoch skandalisiert werden. Dazu gehörte die Kopftuchbroschüre aus Sachsen, über die in verschiedenen sächsischen Zeitungen, aber auch in der *Bild* und in der *Emma* kritisch berichtet wurde. Das vom Auswärtigen Amt geplante deutsch-iranische Kulturabkommen, von Steinmeier selbst als „Diplomatie der Kultur“<sup>64</sup> gefeiert, ist – zumindest vorerst – gescheitert, weil es gelang, die Tatsache bekannt zu machen, dass der iranische Partner von Steinmeiers Kulturabkommen Majid Mollahnorozi derselbe Funktionär war, der auch die Preise verliehen hatte, die das Regime beim Holocaust-Leug-

---

php/2-uncategorised/178-distanzierung-vom-frauen-und-migrantinnenmarsch-am-13-mai-2017-in-hamburg (Zugriff 28.5.2017).

63 Veranstaltung der Böll-Stiftung: „Wandel durch Annäherung? Die iranische Zivilgesellschaft nach dem Atomabkommen“ mit u.a. Dr. Ziba Mir-Hosseini am 8.11.2016, <http://calendar.boell.de/de/event/wandel-durch-annaeherung> (Zugriff 30.1.2017).

64 Vgl. Die Moderne aus Teheran kommt nach Berlin, Pressemitteilung der Stiftung Preussischer Kulturbesitz v. 21.10.2015, <https://www.preussischer-kulturbesitz.de/pressemitteilung/news/2015/10/21/die-moderne-aus-teheran-kommt-nach-berlin.html> (Zugriff 30.1.2017).

ner-Wettbewerb ausgelobt hatte.<sup>65</sup> Doch diese Einzelfälle führen bisher nicht zu einer grundsätzlichen Neubewertung der deutschen Politik gegenüber dem islamistischen Regime. Majid Moullahnorozi wird einfach als besonders radikaler Vertreter des Regimes bezeichnet, womit geleugnet wird, dass gerade seine Ansichten die Grundlagen des Regimes repräsentieren.

Um eine kritische Debatte über das iranische Regime und die deutsche Iranpolitik zu verhindern, hält die Bundesregierung die Öffentlichkeit über wesentliche Punkte der Beziehungen im Unklaren. Diese Intransparenz liegt in der Natur einer Politik, welche die politische Annäherung an ein Regime forciert, über dessen Ideologie sie nicht sprechen will, um dem Fundament der eigenen Politik nicht den Boden zu entziehen. Unzählige bilaterale Besuche fanden und finden ohne Information der Öffentlichkeit statt. Häufig ist der *Iran Appeasement Monitor* des Exiliraners Kazem Moussavi die einzige Quelle für bilaterale Treffen.<sup>66</sup>

Intransparent blieb beispielsweise der Grund für den Deutschland-Besuch des iranischen Geheimdienstministers Mahmoud Alavi im September 2016. Die Bundesregierung mauerte bei Nachfragen und erklärte nicht, was der Grund der Visite gewesen ist.<sup>67</sup> Spekuliert wurde über eine gemeinsame Vorbereitung einer möglichen Einladung von Rohani nach Deutschland, ein Punkt, über den die Bundesregierung die Öffentlichkeit ebenfalls im Unklaren lässt. Ein Staatsbesuch des iranischen Präsidenten in Deutschland wäre für das iranische Regime ein Triumph und ein Erfolgsbeweis gegenüber der eigenen Bevölkerung. Denn dieser können die Mullahs angesichts des ausbleibenden Wirtschaftsaufschwungs immer weniger imponieren. Zumindest über die Dringlichkeit eines Besuchs von Rohani gab es anscheinend je-

---

65 Björn Stritzel: Berliner Stiftung kooperiert mit Holocaustleugner, 8.6.2016, <http://www.bild.de/politik/ausland/holocaust/holocaust-iran-stiftung-preussischer-kulturbesitz-46157926.bild.html> (Zugriff 30.1.2017).

66 Der *Iran-Appeasement-Monitor* berichtete beispielsweise als erster vom Besuch des Geheimdienstministers Alavi. Vgl. Irans Geheimdienstminister koordiniert in Berlin die Vorbereitung des Rouhani-Besuches, 6.9.2016. <http://iraniansforum.com/eu/irans-geheimdienstminister-koordiniert-in-berlin-die-vorbereitung-des-rouhani-besuches/> (Zugriff 30.1.2017).

67 Bundesregierung: Regierungspressekonferenz v. 7.9.2016, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2016/09/2016-09-07-regpk.html> (Zugriff 30.1.2017).

doch Meinungsverschiedenheiten zwischen Angela Merkel auf der einen und dem Wirtschaftsministerium und dem Auswärtigen Amt unter Gabriel und Steinmeier auf der anderen Seite. Während Steinmeier eine Einladung bereits im Februar 2016 öffentlich aussprach, und eine Sprecherin des Auswärtigen Amtes dies in einer Pressekonferenz im Juli wiederholte, wurde im September behauptet, es gäbe keine konkreten Pläne.<sup>68</sup> Offenbar sträubte sich Angela Merkel – noch –, den Präsidenten des Landes zu empfangen, das sich die Vernichtung Israels auf die Fahnen geschrieben hat.

Israel sowie alle diejenigen, die als ‚Zionisten‘ ausgemacht werden, bleiben die zentralen Feinde des Regimes. Im Juli 2016 wurde bekannt, dass ein vom iranischen Geheimdienst bezahlter Agent Ziele für mögliche Anschläge gegen israelische und jüdische Einrichtungen sowie deren Repräsentanten in Deutschland, Frankreich und anderen westeuropäischen Ländern ausgeforscht hatte.<sup>69</sup> Der ehemalige Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Reinhold Robbe, geriet im wahrsten Sinne des Wortes ins Schussfeld. Ein Agent erstellte ein Bewegungsprofil des SPD-Politikers und ehemaligen Wehrbeauftragten des Bundestages. Die Bundesanwaltschaft ging davon aus, dass ein Anschlag auf Robbe geplant war, der im Falle eines israelischen Angriffes auf iranische Atomanlagen als Racheaktion ausgeführt werden sollte.<sup>70</sup> Ein Prozess gegen den Spion, den Pakistani Mustufa Haidar Syed-Naqfi, ergab Ende März 2017, dass er von den Quds-Brigaden bezahlt worden war, der Auslandseinheit der iranischen Revolutionswächter. Anlässlich des Prozesses wurde bekannt, dass der Fall Robbe nicht der einzige Fall war, sondern 22 Spionagefälle mit iranischer Involvierung in den letzten zehn Jahren in Deutschland vor Gericht landeten.<sup>71</sup> Die

68 Bundesregierung: Regierungspressekonferenz v. 30.9.2016, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2016/09/2016-09-30-regpk.html> (Zugriff 30.1.2017).

69 Anne Losensky: Prozess streng bewacht, 8.3.2017, <http://www.bz-berlin.de/tatort/menschen-vor-gericht/verbirgt-sich-dahinter-ein-iranischer-spion> (Zugriff 30.3.2017).

70 Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof: Anklage wegen mutmaßlicher Spionage, 2.1.2017, <http://www.generalbundesanwalt.de/de/showpress.php?themendid=19&newsid=660> (Zugriff 30.1.2017).

71 Syed-Naqfi wurde zu einer Haftstrafe von vier Jahren und drei Monaten verurteilt. Das Urteil war im April 2017 jedoch noch nicht rechtskräftig und Syed-Naqfis Anwalt hat Berufung eingelegt. Vgl. Benjamin Weinthal: Germany is a hotbed of Iranian spy activity that targets Israel, 23.4.2017,

Mordpläne gegen den SPD-Politiker zeigen, dass die enge Partnerschaft mit dem Iran deutsche Politiker nicht davor schützt, selbst ins Visier des Regimes zu geraten, sollten sie sich aus Sicht der islamistischen Staatsführung unbotmäßig verhalten. Weder nach Bekanntwerden der Ermittlungen, noch nach Verkündung des Urteils gab es jedoch einen Aufschrei der Medien oder eine Stellungnahme der SPD oder der Bundesregierung, geschweige denn diplomatische, politische oder wirtschaftliche Sanktionen oder Forderungen danach aus dem Bundestag. Stattdessen reagierten Politik und Medien mit einer beunruhigenden Gleichgültigkeit nach Bekanntwerden der islamistischen Mordpläne.

Es gibt in Deutschland eine bewusste und immer wiederholte Realitätsverneinung über den Charakter des iranischen Regimes und über die Unmöglichkeit, diesen durch Kooperation zu verändern. Die kooperative Politik gegenüber der islamistischen Diktatur verschaffte dem Iran nicht nur die Möglichkeit, sein Atomprogramm weiter und mit Hilfe des Irandeals zukünftig auf legalem Wege voranzutreiben, sondern bietet dem islamistischen Regime auch ein Resonanzfeld in der Bundesrepublik. Die Politik der Illusionen sieht in den Despoten in Teheran vorübergehend vom Weg abgekommene Partner, auf die sie unbeirrt immer weiter zugeht. Die Versicherungen, für Israels Sicherheit einzustehen, sind auf dieser Basis kaum etwas wert.

---

<http://www.jpost.com/Diaspora/Germany-is-a-hotbed-of-Iranian-spy-activity-that-targets-Israel-488767> (Zugriff 30.4.2017).

Stephan Grigat (Hg.)

# Iran Israel Deutschland

Antisemitismus, Außenhandel  
und Atomprogramm

HENTRICH  
& HENTRICH

Mit Unterstützung der  
Moses Mendelssohn Stiftung,  
Fakultätsvertretung HuS der Universität Wien und  
Fakultätsvertretung Gewi der Universität Wien

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte Daten sind im Internet über  
<https://portal.dnb.de/> abrufbar.

© 2017 Hentrich & Hentrich Verlag Berlin  
Inh. Dr. Nora Pester  
Wilhelmstraße 118, 10963 Berlin  
[info@hentrichhentrich.de](mailto:info@hentrichhentrich.de)  
<http://www.hentrichhentrich.de>

Lektorat: Sarah Pohl  
Gestaltung: Michaela Weber, Leipzig  
Gesamtherstellung: Thomas Schneider, Jesewitz

1. Auflage 2017  
Alle Rechte vorbehalten  
Printed in the EU  
ISBN 978-3-95565-220-3